

Warten auf die Energieeinsparverordnung

# Große Koalition für Energiepass



Bis die novellierte Energieeinsparverordnung (EnEV) in Kraft tritt, wird es noch dauern. Auch über ein Jahr nach der Bundestagswahl hat sich die Bundesregierung nicht bequem, zumindest einen Referentenentwurf vorzulegen. Was bisher mit dem Datum 7. April 2006 kursiert – ein Geisterentwurf – war eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Oder vielleicht gerade für die Öffentlichkeit bestimmt. Es scheint fast so. Schon die erste Energieeinsparverordnung verzögerte sich mit dieser Taktik um rund zwei Jahre. Lobbyisten wissen, welche Hebel sie in Gang setzen müssen.

Beispielsweise kann man das Gerücht streuen, die Vorgabe bedarfsbasierter Energieausweise kostet die Verbraucher 8 Mrd. Euro mehr. Einfach, aber wirksam. Vor allem, wenn es von der Tagespresse transportiert wird. Und die Wahrheit stirbt zuletzt. Lediglich rund 3,2 Mio. Wohngebäude

**In Berlin streiten sich die Minister mit Lobbyisten und der Bauministerkonferenz der Länder im Nacken. Konsens verkommt zu Kapitulation. Derweil verteilt Tiefensee Energiepässe in China. Sollen Energieberater potenzielle Kunden damit überzeugen?**

kommen bei näherem Hinsehen überhaupt nur für den verbrauchsbasierten Energieausweis in Betracht. Nach dieser Rechnung wäre der bedarfsbasierte Energieausweis rund 2500 Euro teurer als die verbrauchsbasierte Variante. Eine Summe, die kaum nachvollziehbar ist und die bisher selbst die größten Hetzer nicht angeführt haben. Trotzdem sind einige Politiker gleich eingeknickt und haben sich instrumentalisieren lassen. Peinlich.

Peinlich ist auch, was sich auf Ministerebene abspielt. Wolfgang Tiefensee (SPD), Michael Glos (CSU) und Siegmund Gabriel (SPD) können sich nicht einigen. Glos ließ dazu am 19. September vermelden, dass es ein „heftiges Tauziehen“ gebe. Er wolle beide Varianten zulassen und dem Markt die Entscheidung überlassen. Offensichtlich traut sich der Minister selbst nicht zu, die richtige Entscheidung zu treffen. Den schwarzen Peter schiebt er Gabriel zu: „Der will härtere Auflagen durchsetzen.“ Gemeint ist der bedarfsbasierte Energieausweis für bestimmte Gebäude. Und Tiefensee, der bei Bedarfsbefürwortern schon länger als „umgekippt“ gilt? Der reiste kurzerhand nach China, um dort am 21. September den ersten Energieausweis für ein Bürogebäude zu übergeben. Ob die Gastgeber wohl von den Schwierigkeiten im eigenen Lande wussten, als Tiefensee

der chinesischen Regierung deutsche Unterstützung anbot, die Gebäudeenergieeffizienz im Reich der Mitte zu verbessern?

Selbst wenn demnächst ein Kompromiss im Bundeskabinett gefunden und der EnEV-Referentenentwurf vorgelegt wird, mahlen die bürokratischen Mühlen nur langsam weiter. Der kürzeste Weg bis zur Bundesratverabschiedung dauert 13 Wochen. Ein rein theoretischer Wert. Normal sind mindestens sechs Monate, bei einer Verordnung mit der Tragweite der EnEV durchaus auch zwölf Monate üblich. Vor allem, wenn es bei der Anhörung der Länder und der Verbände Kritik hageln sollte. Nach dem Inkrafttreten beginnen Übergangsfristen von mehreren Monaten.

Der Starttermin für das Ausstellen von Energieausweisen und die Inspektion von Heizungs- und Klimaanlage verschiebt sich immer weiter. Eigentlich wollte Bundeskanzlerin Angela Merkel den EnEV-Referentenentwurf spätestens bis zum Energiegipfel am 9. Oktober auf ihrem Schreibtisch haben. Spricht sie dafür noch ein Machtwort?

Vielleicht. Aber ihren Unionsminister wird sie wohl kaum vor den Kopf stoßen. Freie Marktwirtschaft klingt sowieso nach CDU/CSU und sich auf Gabriels Seite zu schlagen würde bedeuten, dass sie „8 Mrd. Mehrkosten“ auf ihrem Konto bei der Wählerkreditbank allein verbuchen muss. Vom Ärger in der Union ganz zu schweigen.

Aber Angela Merkel könnte ein Mach(t)wort mit Kanzlerinnenschläue sprechen. Einen Konsens vorgeben, bei dem jeder sein Gesicht behält, der alle Vorteile vereint und so weit das möglich ist, alle Nachteile negiert, der allen Beteiligten einen echten Mehrwert bietet. Das Konzept ist einfach (das beste): Ein Energieausweis der beide Methoden zwangsweise vorschreibt und nur in begründeten Ausnahmefällen die Befreiung von einer Methode zulässt. So einfach könnte es gehen. Quasi eine große Koalition für den Energieausweis.

Ihr

Jochen Vorländer, Chefredakteur TGA Fachplaner